



Informationen aus der Forschung

Nr. 9/1990

17. August 1990

Zur Reform der Akademie der Wissenschaften der DDR

Stichworte: - Struktur der Akademie
- Belastungen aus der Vergangenheit
- Neubeginn nach der Wende
- Probleme und Perspektiven der Reform

Die Akademie der Wissenschaften der DDR sieht sich als Nachfolgerin der im Jahre 1700 von Leibniz gegründeten Kurfürstlich Brandenburgischen "Societät der Wissenschaften", der späteren "Preußischen Akademie der Wissenschaften". Sie wurde 1946 durch einen Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) wiedereröffnet.

Die Naturwissenschaften dominieren mit etwa 95 Prozent der Haushaltsmittel und etwa 93 Prozent der Gesamtbeschäftigten gegenüber den Geistes- und Sozialwissenschaften deutlich¹. Entsprechend der sowjetischen Tradition wurden der Akademie seit der Staatsgründung der DDR koordinierende, z.T. auch reglementierende Funktionen bei der zentralen Forschungs- und Wissenschaftsorganisation übertragen. Sie war durch die Einheit von akademischer Gelehrtengesellschaft und einer Gemeinschaft von Forschungsinstituten gekennzeichnet, die jedoch lange vor der Anpassung an sowjetische Wissenschaftsstrukturen entstand.

Struktur und Gewicht

Die Akademie stellt die größte Konzentration von Forschung und Entwicklung in der DDR dar. Ihr gehören 42 mathematisch-naturwissenschaftliche und technische, zwei medizinische, 15 sozial- und geisteswissenschaftliche Institute und 21 weitere Einrichtungen an. Sie beschäftigt 23 675 Mitarbeiter (s. Tabelle) in allen Teilen der DDR, jedoch mit deutlichem Schwergewicht auf dem Großraum Berlin, auf den etwa 61 Prozent der Gesamtbeschäftigten entfallen. Die Forschungsgemeinschaft der Institute besteht aus sieben Sektionen (s. Tabelle), der Senat der Gelehrtengesellschaft aus (etwas anders gegliederten) 10 Klassen.

Tabelle

Beschäftigte in Forschung und Entwicklung (F/E) nach Einrichtungen (OECD-Methodik / Vollbeschäftigteinheiten im Jahresdurchschnitt)

Sektion	Beschäftigte insgesamt	F/E		Musterbau Technik	Info. Dok.	Leit. Planung	Mediz. Betr.	Comput.	Betreuung
		Personal	nicht F/E						
Mathematik/Informatik	1559	1231	328	110	52	86		80	
Physik	5295	3532	1763	739	94	527			403
Chemie	2977	2514	463	118	47	258			40
Biowiss./Medizin	4789	3364	1425	202	116	620	371		116
Geo-/Kosmoswiss.	1627	1382	245	70	27	129			19
Sozial- und Geisteswiss.	1718	1482	236		134	101		75	1
übrige Einricht.	5710	546	5164	964	161	738		75	3226
ADW insgesamt	23675	14051	9624	2203	631	2459	371	155	3805

Von den etwa 14 bis 15 tausend Mitarbeitern im Bereich Forschung und Entwicklung (in Abhängigkeit von der Bezugsbasis) sind im Jahresforschungsbericht 8152 als Forscher ausgewiesen, davon 3919 promovierte (790 Frauen), 1313 habilitierte (95 Frauen) und 593 Professoren (24 Frauen). Der Jahresfinanzaufwand der Akademie belief sich 1989 auf etwa 1,4 Mrd. Mark der DDR. Davon wurden etwa 36 Prozent direkt aus dem Staatshaushalt bereitgestellt. Andere Einnahmen kamen aus der DDR-internen sowie der internationalen Industrie- und Wissenschaftskooperation. Etwa 370 Mio. Mark entfielen auf Löhne und Gehälter, 211,9 Mio. Mark auf Investitionen. Dahinter steht ein international niedriges Lohnniveau und eine geringe Erneuerungsrate der Sachmittelausstattung.

Zwänge der Erblast

Waren es bis zur Akademiereform 1968 noch vorwiegend theoretische Grundlagenforschungen, die das Profil bestimmten, so versuchte man seit den 70er Jahren, das Wissenschaftspotential der Akademie direkt für das Wirtschaftswachstum der DDR nutzbar zu machen. Als Haupthindernisse für eine höhere Wirksamkeit der Akademieforschung erwies sich ihre Einbindung in die bürokratisierten und ideologisch ausgerichteten Entscheidungsprozesse in der DDR. Praktisch war die Akademie ein "Superministerium", das mit eigenem Geschäftsbereich direkt dem Ministerrat, d.h. der Regierung, angehörte. Faktisch war die Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED weisungsbefugt und entschied alle strategischen Fragen, besonders auch die Personalpolitik für Leitungsfunktionen. Zu hoher Anteil des Verwaltungspersonals, schleppende Entscheidungsfindung, geringe Ausrichtung auf den internationalen Markt, dafür stärkeres Angewiesensein auf Anordnungen und Richtlinien der SED-Führung und des Staates und eine internationale verglichen sehr hohe Personalausstattung, durch die zum Teil die mangelnde technische Ausstattung ausgeglichen werden mußte, setzten den Möglichkeiten der Forscher und der Effektivität der

Forschung deutliche Grenzen. Daran änderte auch der Umstand nichts, daß die DDR-Akademie unter den osteuropäischen Ländern nach der UdSSR (mit einigem Abstand) das stärkste und effektivste Potential besaß. Die Akademie hatte sich in das von der SED-Führung vertretene bürokratische Modernisierungskonzept für Wirtschaft und Gesellschaft "von oben" einzuordnen, das unter den Bedingungen des Kalten Krieges stark autark ausgerichtet war sowie vom Rüstungswettlauf und vom Zwang zur machtpolitischen Legitimation deformiert wurde. Unter besonderer Berücksichtigung von Zahlungsfähigkeit, Rohstofflage und COCOM-Beschränkungen sollte die Akademie nach Lösungen für die spezifische Interessenlage der DDR suchen, wie sie von der SED-Führung gesehen wurde. Ergebnis der Industriekooperation waren eigene produzierende Bereiche wie im wissenschaftlich-technischen Gerätebau und in der Isotopenherstellung, die aus der Notsituation des beschränkten Zugangs zum Weltmarkt entstanden waren.

Die vertragsgebundene Wirtschaftskooperation förderte zwar die Anwendungsorientierung der Forschung, wirkte sich aber letztlich nachteilig auf die Grundlagenforschung, das eigentliche Anliegen der Akademie, aus. Nur rund 14 Prozent des wissenschaftlichen Personals, das etwa 60 Prozent der Gesamtmitarbeiter bildete, war in der Grundlagenforschung tätig, während etwa 40 Prozent der Mitarbeiter in der Verwaltung und verwandten nichtwissenschaftlichen Bereichen tätig waren. Im Forschungsbericht für 1989 wird eingeräumt, daß "wesentlich neue, den Weltstand bestimmende Leistungen und Ergebnisse ... zumindest in ihrer Anzahl von untergeordneter Bedeutung waren." Seit Jahrzehnten haben die Wissenschaftler der Akademie keinen Nobelpreis mehr errungen. Der Akademie-Historiker Jürgen Kuczynski brachte diesen Tatbestand auf die Formel: "In der Mittelmäßigkeit sind wir Weltspitze."² Allerdings erscheint der Schluß, in dieser Lage habe kaum Forschung und Wissenschaft stattfinden können, unzulässig. Zugute kam dem Forschungspotential ein meist sehr gut ausgebildeter Wissenschaftlerstamm, der es gewohnt ist, unter oft unzulänglichen technischen Voraussetzungen durch Improvisation und persönliches Engagement vorgegebene Forschungsziele zu erreichen. Viele Akademieforscher brauchen den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Dabei gibt es zwischen den Instituten und einzelnen Forschern beträchtliche Niveauunterschiede in Leistungsvermögen und -bereitschaft. Von einer Situation, in der weniger Initiative als vielmehr Pflichterfüllung gefragt war, blieb auch die Leistungsstruktur nicht unberührt.

Neubeginn

Eine erste Neuorientierung für die Arbeit der Akademie begann durch Gespräche am eigenen "Runden Tisch" parallel zur Vorbereitung auf die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990. Sie setzten einen schwierigen Prozeß der Öffnung und Umorientierung der Akademieinstitute und der Akademieleitung in Gang, wobei letztere weiterhin schwerfällig agierte. Erheblicher Druck ging von den Mitarbeitern in den Instituten aus, die darauf bestanden, demo-

kratisch legitimierte und kompetente Leitungen der Institute zu bilden. Dabei verblieben per 17. August 1990 jedoch 61 Prozent der Institutsdirektoren im Amt, ohne daß ihre frühere wissenschaftliche Rolle ausreichend geklärt erscheint. Man bemühte sich, Voraussetzungen zu schaffen, um die Einordnung in die sich abzeichnende gesamtdeutsche Forschungslandschaft einzuleiten, Mitarbeiterbestand und Projektausrichtung dem internationalen Niveau anzupassen und schöpferische Freiräume für aussichtsreiche Projekte zu schaffen, die bisher wegen bürokratischer Beschränkungen oder mangels internationaler Vernetzung nicht realisiert werden konnten. Von der neugewählten DDR-Regierung wurde für die Akademie ein Moratorium bis Ende 1991 verkündet, um eine sinnvolle Umstrukturierung auf den Weg zu bringen.

Der erste radikal beschnittene Etatansatz der Regierung für die Akademie im 2. Halbjahr 1990 hätte jedoch eine einigermaßen geordnete Überleitung selbst leistungsfähiger Struktureinheiten sehr erschwert. Die Entlassung von Bereichen wie des Akademie-Verlages in die wirtschaftliche Selbständigkeit bedurfte einer Anschubfinanzierung, die noch nicht geklärt war. Da mit dem 2. Halbjahr das Haushaltsrecht der BRD zu wirken begann, hatten Bereiche mit Produktions- und Dienstleistungscharakter (Gerätebau, Isotopenproduktion, Informations- und Druckleistungen, Dienstleistungen) nicht länger Anspruch auf Zuwendungen aus dem Staatshaushalt. Inzwischen scheint der Finanzbedarf für das 2. Halbjahr von rund 250 Mio. DM gesichert. Ob die bewilligten Investitionen in Höhe von 57 Mio. DM realisiert werden können, hängt vom Umfang der Einnahmen aus der noch bestehenden Industriekooperation ab. Angesichts der Zahlungsschwierigkeiten der DDR-Betriebe sind die Möglichkeiten dafür drastisch zurückgegangen. Auch die noch vorgesehenen Einnahmen von 60 Mio. DM sind nicht gesichert, so daß möglicherweise keine Investitionen realisiert werden können.

Die Sozial- und Geisteswissenschaften erhalten von den 20,3 Mio. DM beantragten Mitteln 18,2 Mio. DM, mit denen die Lohnfortzahlung noch bis Jahresende gewährleistet ist, ohne das Sachmittelausgaben für Bücher, Reisen usw. möglich sein werden. Hier verwies man auf die Möglichkeiten, die Erstreckung der Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Stiftungen auf das Gebiet der DDR für Projektbeantragungen zu nutzen, nachdem das "Huckepack"-Prinzip wegfällt, das eine Beantragung durch eine westdeutsche Partnerinstitution voraussetzte.

Besonderer Streitpunkt war die im ersten Ansatz enthaltene überproportionale Kürzung der Mittel für die Sozial- und Geisteswissenschaften, denen zunächst nur 9,3 Mio. DM zugebilligt wurden, was rund 48 Prozent der bisherigen Personal- und Sachkosten entsprach. Auch hier polarisierten sich die Standpunkte. Während die 15 Forschungsinstitute³ mit ihren 1480 Wissenschaftlern und wissenschaftlich-technischen Assistenten von einigen Vertretern der DDR-Regierungsparteien für die Fehlentwicklung in der DDR mitverantwortlich gemacht wurden, sprachen sich andere für eine differenzierte Betrachtungsweise aus. Zwar sind theoretische und konzeptionelle Fehlentwicklungen nicht zu bestreiten, doch

gingen in der Vergangenheit gerade auch von diesem Bereich zahlreiche Anstöße für eine kritische und sachliche, auf internationale Kooperation orientierte moderne und aufgeklärte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik aus, die von der SED-Führung jedoch meist ignoriert wurden.

Positive Ansätze wie die Arbeiten und Konzeptionen zur erweiterten Erbe-Rezeption bei Bismarck, Friedrich II., Luther oder Müntzer gerieten allerdings ins Bedenkliche, wenn sie etwa Luthers revolutionäre Potenzen unverhältnismäßig hoch ansetzten und zugleich den Herrschenden politische Legitimation geben sollten. Untersuchungen zur mangelnden Effektivität der Wirtschaft, die Abstriche von der Subventionspolitik und eine stärkere Hinwendung zum Leistungsprinzip empfohlen, oder über Probleme unter der Jugend durften nicht veröffentlicht werden. Die Richtlinienkompetenz lag bei den Abteilungen des Zentralkomitees der SED, die zum Teil selbst kleine Wissenschaftlergruppen für Strategiepapiere beschäftigten, und bei den parteieigenen Einrichtungen wie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, denen sich die Akademieinstitute in Bezug auf Konzepte, Aussagen, Forschungspläne und Publikationen unterordnen mußten.

Der Prozeß der Auseinandersetzung um Forschungsinhalte und Ergebnisformen läuft jedoch schon einige Jahre. Spätestens seit dem Amtsantritt von Gorbatschow wurde in politischen und betrieblichen Versammlungen der Akademieinstitute ein deutliches und auch offenes Wort zur kritischen Lage in der DDR gesprochen. Akademiewissenschaftler waren aktiv in den Bewegungen des Herbstes 1989 engagiert, verschafften sich in den Bürgerbewegungen und neuen Parteien Gehör.

Die Akademie wird gegenwärtig durch den Rostocker Obermedizinalrat Prof. H. Klinkmann, der auch Mitglied der deutsch-deutschen Wissenschaftskommission beim bundesdeutschen Wissenschaftsrat ist, als Präsident geschäftsführend geleitet. Er wurde gemeinsam mit anderen leitenden Mitgliedern im Mai 1990 erstmals durch ein Konzilium der Institutsdirektoren, der Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Räte und der Personalräte der Institute gewählt. Das vom "Runden Tisch" der Akademie erarbeitete neue Statut wurde jedoch, ebenso wie die gewählten Leitungen, von der DDR-Regierung nicht anerkannt. Dies wurde mit rechtlichen Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl der Leitung nach einem provisorischen, noch nicht bestätigten Statut begründet. Zum Leibniz-Tag am 30. Juni 1990 wurde Prof. Klinkmann dann durch die DDR-Regierung bis zu Neuwahlen auf der Grundlage eines neuen Statuts mit der Geschäftsführung beauftragt.

Umstrukturierung: Probleme und Perspektiven

Kernpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen ist der Platz der bisherigen Akademieforschung in Struktur, Funktion und Finanzierung der künftigen deutschen Wissenschaftslandschaft. Das von der neuen Leitung der DDR-Akademie entwickelte Konzept sah

einen Verbund von Instituten vor, eventuell als "Leibniz-Gesellschaft", der neben der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft als dritte große, überwiegend haushaltsfinanzierte Forschungsgemeinschaft das Wissenschaftsgebiet der ehemaligen DDR erfassen sollte. Es war vorgesehen, den Mitarbeiterbestand auf acht- bis zehntausend zu reduzieren. Dazu sollten produzierende und wirtschaftlich selbständige Teile ausgegliedert, Universitäten und Hochschulen durch Akademiebereiche gestärkt werden. Bei einer Konzentration auf den Raum Berlin-Brandenburg wären die Forschungsteile in den anderen Regionen an die Länder abzugeben. Für die im Berliner Raum verbleibenden Institute ging man, auch unter Berücksichtigung der Ausgliederungen, von einer Personalreduzierung um etwa 30 bis 40 Prozent aus. Die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit sollte durch ein konkretes Leistungsangebot mit anschließender Fremdbegutachtung gewährleistet werden.

Im sogenannten Kamingespräch vom 3. Juli 1990 in Bonn und im Folgegespräch am 13. August in Berlin (Ost) zwischen den Spitzen der Wissenschaftspolitik beider deutscher Staaten unter der Leitung der Fachminister wurde beschlossen, die Organisations- und Förderstrukturen der bundesdeutschen Wissenschaft auf das Territorium der heutigen DDR auszudehnen. Das bedeutet in der Konsequenz die Umwandlung und Überführung von Institutionen wie der Akademie, die es so in der BRD nicht gibt, in andere, der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft unmittelbar kompatible Strukturen. Damit fand das Konzept einer dritten deutschen Forschungsgesellschaft keine Unterstützung. Über die Variante eines akademischen Forschungsverbundes auf Landesebene Berlin-Brandenburg ist noch nicht endgültig entschieden. Auf bundesdeutscher Seite wird bezweifelt, daß die Akademie aufgrund ihrer verkrusteten administrativen und politischen Strukturen reformierbar sei. Eine dritte Forschungsgesellschaft sei nicht finanzierbar, die Länderhoheit für die Wissenschaft gelte es zu respektieren. Vorrangig müßten die Akademie-Institute eine Stärkung der Hochschulwissenschaft in der DDR bewirken, um eine Verlagerung des Massenandrangs von westdeutschen Hochschulen weg auf das Gebiet der DDR hin zu ermöglichen. Dem schließt sich die DDR-Regierung weitgehend an. Die Finanzlage sämtlicher alternativer Träger von Wissenschaftspotential in der heutigen DDR - von den Betrieben über die Länder, die Hochschulen bis hin zum selbständigen, privat- oder stiftungsfinanzierten Bereich - ist einschließlich des Haushalts eines geeinten Berlins jedoch durch die vorhandenen Kapazitäten stark belastet. Diese Institutionen sind ebenfalls mit Auflagen zum Personalabbau konfrontiert. Das macht eine Übernahme von Akademieinstituten bzw. von einzelnen ihrer Teile schwierig bis unmöglich. Die künftigen DDR-Länder werden aus eigenem Steueraufkommen 1990 und 1991 über keine nennenswerten Mittel zur Wissenschaftsförderung verfügen. Es zeichnet sich ab, daß ohne Mittel aus dem Bundeshaushalt eine Bewahrung wissenschaftlicher Substanz aus der akademischen Forschung kaum realistisch ist. Eine Anschubfinanzierung für Bereiche mit privatwirtschaftlicher Perspektive wurde bereits vereinbart.

Noch 1990 und bis Mitte 1991 wird unter Federführung des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik und seiner deutsch-deutschen Wissenschaftskommission ein "Fremdevaluierungsverfahren" für die Akademieinstitute eingeleitet, für das zwei Wissenschaftler aus der DDR, zwei aus der Bundesrepublik und ein internationaler Spezialist bestellt werden. Die Institute sind aufgefordert worden, kurzfristig ihre konzeptionellen Vorstellungen zu konkurrenzfähigen fachlichen Inhalten und Strukturen unter den Bedingungen des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen darzulegen. Dabei sind in Verbindung mit der Selbsteinschätzung, die der Evaluierung zugrunde liegen wird, Vorschläge zu unterbreiten, welche Aufgaben die Institute künftig für sich sehen, bei welchen bundesdeutschen Strukturen sie nach deren Erstreckung auf das DDR-Gebiet eventuell angegliedert werden könnten (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Institute der Blauen Liste usw.). Es werden Verhandlungen mit den Ländern über die Öffnung der Forschungsgesellschaften für die ehemalige DDR geführt.

Dies stellt die Institute vor die für sie völlig neue Aufgabe, den bisherigen, weitgehend zentralistischen und an Vorgaben orientierten Wissenschaftsbetrieb kurzfristig umzustellen. Zum Teil liegen nur wenig Erfahrungen vor, wie nach bundesdeutschem Standard Projekte formuliert und eingereicht, Forschungsberichte und Selbstdarstellungen abgefaßt oder Drittmittel beantragt werden. Bis dahin war eine Offenlegung der Institutsstrukturen, eine Veröffentlichung der Forschungsberichte und der Finanzierungsmodalitäten nicht üblich, ja verboten. Sämtliche Vorschläge zur Teilung von Instituten wurden bis zum Abschluß der Evaluierung auf Eis gelegt - mit einer Ausnahme: Noch im Juni wurde mit Unterstützung der Ministerin für Jugend der DDR das Institut für Jugendforschung aus dem Institut für deutsche Geschichte ausgegliedert. Dies verhindert zwar die von manchen in der Bundesrepublik befürchtete Verschleierung alter Strukturen, erschwert es aber auch, am Forschungsgegenstand ausgerichtete organische Wissenschaftseinheiten zu gründen. Bereiche, die sich selbständig machen wollen, werden in der Realisierung aussichtsreicher Konzepte, bei der Suche nach Kooperationspartnern und potentiellen Finanzgebern behindert, solange sie nicht geschäftsfähig sind.

Weitgehend ungelöst sind die sozialen Probleme der Umstrukturierung. Häufig sind die Institute nach westlichem Standard zu 30 bis 70 Prozent personell überbesetzt. Institutsstärken von 100 und 200 Mitarbeitern sind keine Seltenheit. 1990 sollen keine Entlassungen aus finanziellen Gründen erfolgen, doch wird über die Haushalte darauf abgezielt, Wissenschaftler und Mitarbeiter im Vorruhestandsalter (nach noch geltendem DDR-Recht bei Männern ab 60 und bei Frauen ab 55 Jahren) sowie Mitarbeiter, die weder leistungsbereit noch -fähig sind, bereits jetzt auszugliedern. Die vorgesehene Anwendung des Bundesangestelltentarifs in reduzierter Form (evtl. 60 Prozent) ab 1991 würde die Gehälter zwar verdoppeln, aber durch einen geringeren Finanzansatz als 1990 zu einer Reduzierung der Zahl der Wissenschaftler auf weniger als die Hälfte führen. Zusätzlich wächst die Gefahr, daß

die besten Wissenschaftler wegen der schlechteren Bezahlung zwischenzeitlich abwandern und dadurch eine Umprofilierung der Institute noch mehr erschweren.

Es ist abzusehen, daß bei einer umgehenden Entlassung von ein bis zwei Dritteln der Mitarbeiter nicht nur "überflüssige", d.h. leistungsschwache bzw. durch ihre bisherigen Arbeiten z.B. in den Sozial- und Geisteswissenschaften diskreditierte Wissenschaftler gehen müssen, sondern daß der Schnitt auch tief ins "gesunde Gewebe" erfolgt. In dieser Zeit der schwierigen Anpassung sind praktisch kaum Mittel für einen Sozialplan bzw. für Überleitungsmaßnahmen, aber auch keine Mittel für Investitionen oder Sachausgaben verfügbar, die eine Modernisierung der Infrastruktur und damit eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit ermöglicht hätten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß zwischen beiden deutschen Staaten ein weitgehender Konsens über Ausmaß und Richtung einer Reform der akademischen Forschung in der DDR besteht. Der gedrängte Zeitplan und der völlig offene Finanzierungsrahmen beschwören jedoch für die Eingliederung der akademischen Forschung der DDR in die deutsche Wissenschaftslandschaft große Risiken herauf.

Dietrich Reetz

Anmerkungen

- 1 Wenn nicht anders verzeichnet, beziehen sich alle Zahlenangaben auf den 31.12.1989; sie haben sich seitdem nur wenig geändert. Den Zahlen und Fakten liegen der AdW-Forschungsbericht 1989, der AdW-Pressedienst und eigene Informationen zugrunde.
- 2 Der Spiegel, 30/1990, S. 136.
- 3 Dazu gehören die Institute bzw. Zentralinstitute für Deutsche Geschichte, Allgemeine (= außerdeutsche) Geschichte, Alte Geschichte und Archäologie, Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Sozialforschung, Staat und Recht, Wissenschaftstheorie, -geschichte und -organisation, Philosophie, Sprachwissenschaften, Literaturwissenschaften, Ästhetik und Kunstwissenschaft, Jugendforschung, Sorbische Volksforschung sowie das Zentrum für Gesellschaftswissenschaftliche Information.

Der Verfasser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1990 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstraße 22,
D-5000 Köln 30, Telefon 02 21/57 47-0